

19.11.02**Unterrichtung****durch die Bundesregierung**

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung der für BSE-Testlabors geltenden Zulassungsvorschriften

Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat mit Schreiben vom 15. November 2002 zu der oben genannten Entschließung des Bundesrates (siehe Drs. 647/02 (Beschluss)) wie folgt Stellung genommen:

Die Verordnung (EG) Nr. 999/2001 sieht für Probenahmen und Laboruntersuchungen auf Vorliegen von TSE bei Rindern vor, dass diese gemäß den Vorschriften in Anhang X Kapitel C durchzuführen sind. Dazu ist vorgesehen, dass Laboruntersuchungen auf TSE „in hierfür zugelassenen Labors“ durchgeführt werden. Spezifische Voraussetzungen für die Zulassung von Labors zur Durchführung der Schnelltests sind allerdings bislang noch nicht gemeinschaftsrechtlich festgelegt. Artikel 20 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 räumt der Kommission indes die Möglichkeit ein, Durchführungsbestimmungen zu den Probeentnahmen und Laboruntersuchungen zu erlassen. Die Kommission pruft derzeit, ob ein abgestimmter Kriterienkatalog für die Zulassung von Testlabors in die TSE-Verordnung aufgenommen werden soll.

Rechtsgrundlage für die erforderliche Zulassung der Labors ist mithin die genannte, unmittelbar anwendbare EG-Verordnung. Nebenbestimmungen können in einem von den zuständigen Landesbehörden zu erteilenden Zulassungsbescheid vorgesehen werden und zwar im Rahmen der EG-rechtlichen Vorgaben in Verbindung mit dem jeweiligen Landesverwaltungsverfahrensgesetz. Der rechtlich nicht verbindliche BSE-Maßnahmenkatalog, der gemeinsam mit den Ländern erarbeitet worden ist, enthält einen „Leitfaden“ für mögliche Nebenbestimmungen.

...

Unabhängig von der genannten EG-Verordnung gilt die nationale Tierseuchenerreger-Verordnung. BSE-Testlabors benötigen eine Erlaubnis nach § 2 der Tierseuchenerreger-Verordnung, weil sie mit Tierseuchenerregern in Kontakt kommen können. Die Zielsetzung der Tierseuchenerreger-Verordnung besteht darin, eine Gesundheitsgefährdung von Mensch und Tier durch Personen, die mit Tierseuchenerregern arbeiten, zu verhindern. Sie verfolgt damit einen anderen Zweck, als die ordnungsgemäße Durchführung von BSE-Tests zu gewährleisten. In Ermangelung spezifischer EG-rechtlicher Zulassungskriterien haben die Länder gleichwohl die Zulassungsbescheide auf die Tierseuchenerreger-Verordnung gestützt. Wünschenswert ist vor diesem Hintergrund die Festlegung eines Kriterienkatalogs in der EG-Verordnung durch die Kommission. Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Grundsätze zur Durchführung der amtlichen Überwachung nach lebensmittelrechtlichen und weinrechtlichen Vorschriften, die derzeit in Abstimmung mit den zuständigen Länderministerien vorbereitet wird, sieht die Akkreditierung aller amtlichen Prüflaboratorien und damit auch der BSE-Testlabors vor. Die Akkreditierungspflicht wird durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift auch für BSE-Testlabors begründet, die im amtlichen Auftrag tätig werden. Unabhängig davon obliegt den Ländern schon jetzt die Entscheidung, bei der landesinternen Auswahl der Labors, die BSE-Testungen vornehmen sollen, eine Akkreditierung zu fordern. Eine Akkreditierung kann durchaus sinnvoll sein, entbindet aber selbstverständlich nicht von einer gewissenhaften und sorgfältigen Untersuchung. Das hat im Übrigen auch der erste BSE-Ringversuch bewiesen, der gezeigt hat, dass die beteiligten Laboratorien - private wie staatliche - in der Lage sind, z. T. auch ohne Akkreditierung die vom nationalen TSE-Referenzlabor zur Untersuchung bereitgestellten Proben richtig als positiv oder negativ zu erkennen.